

4. Mai 2005

Ohne Wohnbauförderung steigen die Mieten noch stärker an

Die Sparfraktion hat ein neues Ziel auserkoren: Die Wohnbauförderung soll abgeschafft werden. Begründung: Der Markt Sorge von alleine für genügend Wohnungen. Das Argument ist falsch und wird die Schweiz in einigen Jahren teuer zu stehen kommen. Deshalb fordert der MV eine Aufhebung der Sistierung der Wohnbauförderungskredite.

Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik über den Leerwohnungsbestand sprechen eine deutliche Sprache: Die durchschnittliche Leerwohnungsziffer betrug am 1. Juni 2004 0,91 Prozent, in den Kernstädten und Agglomerationen lag sie noch tiefer. Bei einem solch knappen Angebot kann nicht von einem funktionierenden Markt gesprochen werden. Die Folge: Steigende Mieten trotz ständig sinkenden Hypozinsen.

Hier zeigt sich die Bedeutung der Wohnbauförderung: Sie hilft mit, dass genügend preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung steht und dieser nicht noch teurer wird. Dies dämpft das allgemeine Mietpreisniveau. Von der Wohnbauförderung profitieren auch gemeinnützige Wohnbauträger, welche Wohnungen anbieten, deren Mietpreise rund 20 Prozent unter dem Schnitt liegen. Der Auftrag zur Wohnbauförderung ist in der Bundesverfassung verankert und wurde bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantone bestätigt.

Die Wohnbauförderung wird auch nicht durch die Stabilisierung der Wohnbevölkerung überflüssig: In den nächsten zwei Jahrzehnten besteht ein grosser Sanierungsbedarf, das bedeutet für viele MieterInnen ebenfalls happige Mietzinsaufschläge. Will die Schweiz nicht einen zweigeteilten Wohnungsmarkt mit schlecht unterhaltenen Wohnungen auf der einen Seite und renovierten Wohnungen mit einem noch höheren Mietpreisniveau auf der anderen Seite, so sind auch im Sanierungsfall Gelder der Wohnbauförderung sehr wichtig. Ihr Ausbleiben hat auch eine sozialpolitische Bedeutung: Hohe Mietkosten sind Mitverursacher von Armut und schlecht durchmischte Quartiere, in die kaum jemand investiert, sind integrationsfeindlich. In diesen Gebieten bräuchte es eine Anschubhilfe, die von der Wohnbauförderung ausgelöst werden könnte.

Deshalb fordert der Deutschschweizer MV, dass die Sistierung der Kredite, die für die Wohnbauförderung vorgesehen sind, aufgehoben wird, wie es eine Parlamentarische Initiative von Nationalrätin Margret Kiener Nellen verlangt. Nicht in Frage kommt eine Streichung der Wohnbauförderung aus der Verfassung, wie sie die Parlamentarische Initiative von Nationalrat Philipp Müller fordert. Ginge es nach seinem Willen, so sollten im Bereich Wohnbauförderung nur noch die steuerlichen Privilegien für die Wohneigentümer bestehen bleiben. Eine Streichung des Verfassungsauftrages der Wohnbauförderung bei einer gleichzeitigen Beibehaltung der steuerlichen Privilegierung der WohneigentümerInnen würde die Ungerechtigkeiten zwischen Mieter- und Eigentümerseite weiter verstärken und kann nach dem klaren Volksnein gegen das Steuerpaket vor einem Jahr nur als Provokation verstanden werden. Beide Vorstösse werden voraussichtlich Montag/Dienstag in der WAK des Nationalrates behandelt.